

Thomas Mergel

Die Sehnsucht nach Ähnlichkeit und die Erfahrung der Verschiedenheit

Perspektiven einer Europäischen Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*

Eine Europäische Gesellschaftsgeschichte gibt es noch nicht, erst recht nicht für das 20. Jahrhundert. In dieser Epoche, während der Staaten und Staatengruppen sich mehr voneinander abgeschlossen haben als davor und über lange Phasen die Feindschaft regierte, ist Europäische Geschichte nicht leicht als etwas Gemeinsames zu konzipieren. Ost und West, Diktatur und Demokratie, zentrale Wohlstands- und marginale Armutsgesellschaften: Solche Gegensätze durchziehen das Europa des 20. Jahrhunderts. Die Ost-West-Kluft ist dabei sicher die tiefste, und sie hat dazu geführt, dass die Osteuropäische Geschichte auch fast 20 Jahre nach dem Fall der Mauer noch ein eigenes, sehr abgegrenztes Forschungsfeld ist. Damit wird ein Muster des Kalten Kriegs reproduziert und perenniert. Staaten und Gesellschaften, die sich bis 1945 selbstverständlich als europäische Kernländer begriffen haben, wurden und werden so gewissermaßen ›verostet‹ und zu einem fremden Gegenstand gemacht. Nach 1990 haben viele das Aufgehen der Osteuropäischen in einer Gesamteuropäischen Geschichte vorausgesagt – mitunter auch befürchtet.¹ Bis heute ist davon nicht viel zu spüren; im Gegenteil, die Stabilität des Musters überrascht. Diese Stabilität ist andererseits auch so unberechtigt nicht, denn der Kommunismus hat die Länder des Ostblocks so umgestaltet, dass sie tatsächlich in vieler Hinsicht zu einer anderen Welt geworden sind. Die Trennung in Ost und West ist die markanteste Differenzierungslinie in Europa und das höchste Hindernis für eine Geschichte, die Europa als einen gemeinsamen Raum konzipiert, mit gemeinsamen Entwicklungen, Mentalitäten, sozialen Strukturen.

Europäische Geschichte ist dennoch in aller Munde. Lehrstühle werden mit dieser Denomination besetzt, Zeitschriften beanspruchen, dieses Gebiet zu behandeln. Der Begriff bedeutet indes meist nicht mehr und nicht weniger als eine verkappte Westeuropäische Geschichte, wenn auch in den letzten Jahren einige Arbeiten erschienen sind, die versuchen, ganz Europa in den Blick zu nehmen.² Es fällt jedoch sehr ins Auge, dass dieser Anspruch oft nur in Ansätzen durchgehalten werden kann. Warum das so ist, darüber mag man spekulieren. Die einzige veritable Ausnahme ist von einem Südosteuropahistoriker geschrieben: Mark Mazowers bemerkenswertes Buch über den »Dunklen Kontinent«. Kann es sein, dass Westeuropahistoriker ein Europa im Kopf haben, das ostwärts systematisch weiße Flecken aufweist, ein unvollständigeres Europa als das der Osteuropahistoriker?

* Überarbeitete Fassung meiner Antrittsvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin am 10. Februar 2009.

1 Vgl. *Manfred Hildermeier*, Wo liegt Osteuropa und wie gehen wir mit ihm um?, in: *H-Soz-u-Kult*, 30.5.2006, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006-05-002>> [22.6.2009]; *Wolfgang Schmale*, Die Europäizität Ostmitteleuropas, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 4, 2003, S. 189–214.

2 *Göran Therborn*, Die Gesellschaften Europas 1945–2000, Frankfurt am Main 2000; *Hartmut Kaelble*, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007; *Tony Judt*, Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München 2006; *Mark Mazower*, Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.

Die Skepsis gegenüber einer Europäischen Geschichte, die nicht nur ganz Europa meint, sondern dieses auch als einen gemeinsamen Raum begreift, ist verbreitet. Im Kern wird sie damit begründet, dass die Vielfalt Europas sich gegen eine solche Synthese sperre, die ja immer auch eine Vereinheitlichung bedeutet. Manchmal mag man hinter der wissenschaftlichen Forderung nach einer Europäischen Geschichte auch eine politische Forderung versteckt sehen, die politischen Integrationsprozessen eine historische Legitimation verleiht. Dagegen sind verschiedene Vorschläge vorgebracht worden, welche die heuristischen Probleme des Begriffs »Europa« ernst zu nehmen und den politischen Bias zu reduzieren versprechen. Michael Müller etwa hat vorgeschlagen, Europa als einen Selbstbeschreibungsbegriff zu untersuchen.³ Der Europäer wurde als ein Konstrukt beschrieben, das als Imagination dennoch so etwas wie einen Zielbegriff darstellen könnte.⁴ Existiert also Europa gar nicht, so wenig wie Bielefeld?⁵ Als Ausweg wurden transnationale Ansätze diskutiert, die Europa als einen Beziehungsraum zu konturieren versuchen. Dahinter steht die prinzipiell attraktive Idee, dass Gesellschaften durch Beziehungen konstituiert werden und dass insofern eine essentialistische Definition, die Europa als einen »Container« versteht, einen Raum von gemeinsamen Werten, sozialen Strukturen und politischen Kulturen konzipiert, der Eigenart des vielfältigen Kontinents nicht entspricht. Dies ist zweifellos eine weiterführende Fragestellung. Selbstverständlich ist es eine wichtige Forschungsaufgabe, die Kontakte und Wahrnehmungen zwischen Ost und West zu erforschen, weil sich dabei eventuell eine Korrektur der geradezu vegetativen Vorannahme eines östlichen Zivilisationsrückstands zeigen kann.⁶ Man muss unbedingt fragen, wie sich nach 1945 transnationale politische Kommunikation entwickelt hat, etwa auf der Ebene der Parteien.⁷ Die transnationalen Kommunikationsformen der Vielen, wie Migration oder Tourismus, haben Europa als einen Kommunikationsraum konturiert, der gerade auch in der Abgrenzung und der Fremdheitserfahrung einen spezifisch europäischen Erfahrungsrahmen finden kann.⁸ Fragen nach einer seit der Frühen Neuzeit bestehenden Europäischen Öffentlichkeit konzipieren Europa als einen kommunikativen Resonanzraum.⁹

Indes: Reicht das aus, um eine gemeinsame Geschichte als Fragestellung zu begründen? Gegen den Ansatz, Europa als Beziehungsgeflecht der Verschiedenen zu konturieren, ohne jedoch gemeinsame Erfahrungen, Strukturen oder Werte zu postulieren, soll im

3 Vgl. Michael G. Müller, Europäische Geschichte. Nur eine Sprachkonvention?, in: Themenportal Europäische Geschichte, URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2006/Article=166>> [25.6.2009].

4 Vgl. Lorraine Bluche/Veronika Lipphardt/Kiran Klaus Patel (Hrsg.), Der Europäer – ein Konstrukt. Wissensbestände, Diskurse, Praktiken, Göttingen 2009.

5 Die sogenannte Bielefeld-Verschöpfung behauptet, dass es die Stadt gar nicht gebe. Welt Online, 24.7.2007: »Bielefeld? Gibt es doch gar nicht!«, URL: <http://www.welt.de/vermishtes/article1047133/Bielefeld_Gibt_es_doch_gar_nicht.html> [25.6.2009].

6 Vgl. Bernhard Struck, Nicht West – nicht Ost. Frankreich und Polen in der Wahrnehmung deutscher Reisender zwischen 1750 und 1850, Göttingen 2006.

7 Vgl. Michael Gehler/Wolfram Kaiser (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965, Berlin 2004.

8 Vgl. Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000; Thomas Mergel, Europe as Leisure Time Communication. Tourism and Transnational Interaction since 1945, in: Konrad Jarausch/Thomas Lindenberger/Annelie Ramsbrock (Hrsg.), Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories, New York 2007, S. 133–153; Hartmut Kaelble/Martin Kirsch (Hrsg.), Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2008.

9 Jörg Requate/Martin Schulze Wessel (Hrsg.), Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2002.

Folgenden argumentiert werden, dass historische Räume nicht gut zu beschreiben sind, ohne nach solchen gemeinsamen Geschichten zu fragen.¹⁰ Denn Gesellschaften werden nicht nur durch Dichte von Interaktion integriert, sondern auch dadurch, inwieweit diese Interaktion am Ende zu gemeinsamen Erfahrungen führt, die zu Strukturen gerinnen und gemeinsame Bilder von sich selbst generieren, die ein Besondersein begründen. Identität bedeutet Besonderheit. Im Grunde wird damit nur die Alltagsevidenz, die wir einer Europäischen Geschichte zusprechen, mit einer wissenschaftlichen Konzeptüberlegung untermauert: Auch der Mann auf der Straße wird annehmen, die Europäer hätten untereinander mehr gemeinsam als mit den Amerikanern oder den Arabern. Eine Europäische Geschichte hätte diese Alltagsevidenz ernst zu nehmen. Sie müsste also nach gemeinsamen, besonderen Erfahrungen fragen, die vielleicht unterschiedlich verarbeitet sein mögen, die aber dennoch auf gemeinsame Gesellschaftsentwürfe verweisen.

Das ist zweifellos für Gesamteuropa – auch der russische Raum sei hier ausdrücklich mitgemeint und auch über zumindest Teile der Türkei muss man nachdenken – nicht ohne Weiteres möglich. Für einzelne Regionen des Kontinents stellen sich weit weniger Probleme. Eine Westeuropäische Geschichte hat ja in der Tat für sich, dass man es hier mit einer Reihe von leicht erkennbaren gemeinsamen Erfahrungen und ähnlichen Strukturen zu tun hat: die Entwicklung eines staatlich moderierten Industriekapitalismus, die Sozialstaatlichkeit, nach 1945 der amerikanische Einfluss, die dadurch angeleitete Entwicklung der Demokratie und der Konsumgesellschaft, schließlich die politische und offenbar zu einem Stück weit auch kulturelle Integration in den überstaatlichen Europäischen Gemeinschaften. Ein solcher Ansatz ließe sich für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg besser praktizieren als davor, aber denkbar wäre es auch für das ganze 20. Jahrhundert.

Ähnliches könnte man aber auch für die Länder des früheren Ostblocks sagen: Die Tradition der Vielvölkerreiche, die verspätete Industrialisierung und Urbanisierung, ethnische und nationale Konflikte, die Dominanz der christlichen Orthodoxie und der slawischen Sprachen, schließlich die sowjetische Herrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg schufen Gemeinsamkeiten. Meines Wissens existiert ein solches Buch nicht, aber man könnte sich eine Osteuropäische Geschichte des 20. Jahrhunderts auf der Basis dieser Ausgangspunkte durchaus vorstellen. Freilich würde sich daran unmittelbar die Frage anschließen, ob man nicht ebenso eine Mitteleuropäische Geschichte konstruieren könnte, die vielleicht ausgehen könnte von der unerfüllten und am Ende nur mit gewaltigen Opfern erfüllbaren Sehnsucht nach einer integrierten Nation, der Frage nach einem eigenen Weg zwischen den rationalen westeuropäischen Gesellschaften und den in vormodernen Strukturen verharrenden osteuropäischen Gesellschaften (womit in diesem Fall Russland und seine unmittelbaren Satelliten gemeint wären).¹¹ Im gleichen Atemzug würde aber die Frage auftauchen, ob nicht Südeuropa als historisch integrierter Raum zu konzipieren wäre, der distinkte Erfahrungen zu anderen europäischen Regionen aufzuweisen hat. Die langen Überhänge an agrarischen Strukturen, die Dominanz der lokalen Machtstrukturen, die von der langen Hand des Staates nur schwer aufzubrechen sind, der hohe Einfluss der Kirche, die jahrhundertelangen Migrationserfahrungen: Mit solchen Kategorien könnte man sich durchaus eine Südeuropäische Geschichte von Portugal bis Griechenland vornehmen.

10 Vgl. etwa die Diskussionen um die Europäizität Ostmitteleuropas, die alle auf solche ›europäischen‹ Strukturen Ostmitteleuropas verweisen: *Stefan Troebst* (Hrsg.), *Zur Europäizität des östlichen Europa*, Berlin 2006 (Themenschwerpunkt des Themenportals Europäische Geschichte, URL: <<http://www.europa.clio-online.de>> [26.6.2009]).

11 Damit wäre man im Wesentlichen bei dem Konzept der europäischen Geschichtsregionen, das der ungarische Historiker *Jenő Szucs*, *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt am Main 1990, entworfen hat. Er gestand aber auch zu, dass die Unterscheidungen so wenig trennscharf wie ausschließlich seien.

Eine integrierte Europäische Geschichte drängt sich also keineswegs auf. Gemeinsame Erfahrungen sind dennoch auch für ein Gesamteuropa leicht zu benennen: von der Aufklärung und den Europäischen Revolutionen des langen 19. Jahrhunderts über die Industrialisierung bis hin zu den gemeinsamen Kriegserfahrungen des 20. Jahrhunderts. Jedenfalls bis 1914 gibt es in ganz Europa eine lange Welle der Demokratisierung, wenn diese auch phasenverschoben ablief. Im Unterschied zu den oben skizzierten regionalen Europäischen Geschichten fehlt aber offenbar die gleichgerichtete Verarbeitung ähnlicher Erfahrungen, und das hat, wie es scheint, mit unterschiedlichen staatlichen Strukturen zu tun, die unterschiedliche Entwicklungspfade inaugurierten. In diesen Regionen wie auch in den Nationen sind offenbar integrierende Prozesse vor sich gegangen, was dafür spricht, dass man doch nicht ohne Weiteres von den räumlichen Bedingungen von Kommunikation abstrahieren darf. Im Anschluss an das von Marie-Louise Pratt geprägte und seither vielfach verwendete Konzept der Kontaktzonen¹² könnte man formulieren, dass die räumliche und zeitliche Kopräsenz von Verschiedenen (Menschen oder Gruppen) Einheit in der Differenz ermöglicht: Erfahrungen werden geteilt, auch wenn sie unterschiedlich verarbeitet werden, Weltsichten ähneln einander, auch wenn sie unterschiedliche Operationalisierungen generieren. Eine integrierte Europäische Geschichte müsste dann zunächst nicht nach den unterschiedlichen ›Gesichtern‹ fragen, die die ost- oder die westeuropäische Gesellschaft hat, sondern nach möglichen ähnlichen Vorerfahrungen und basalen Vorstellungen von Gesellschaft.

Wenn dem so ist, welcher Art können dann die Gemeinsamkeiten zwischen diesen verschiedenen Räumen sein, die von einem gesamten Europa sprechen lassen, das demgemäß auch eine gemeinsame Geschichte hat, trotz der so unterschiedlichen Entwicklungspfade? Man könnte ja, so der Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen, diese Entwicklungspfade als Wege zu unterschiedlichen Zielen verstehen, die jedoch Antworten auf ähnliche Probleme darstellten. Es gab, so möchte ich postulieren, nicht nur gemeinsame Erfahrungen, sondern auch gemeinsame Sehnsüchte von einer guten Gesellschaft, ideelle Gesellschaftsentwürfe, die freilich sehr unterschiedliche Umsetzungen nach sich zogen. Demgemäß müsste man bei diesen Entwürfen von Gesellschaft ansetzen und nach deren Gemeinsamkeiten suchen. In einem zweiten Schritt müsste man fragen, inwieweit deren Operationalisierungen Gemeinsamkeiten aufweisen, wenn sie auch sehr unterschiedliche Gesichter annehmen konnten. Es handelt sich bei den folgenden Darlegungen nicht um ein ausgearbeitetes Forschungskonzept, sondern eher um Überlegungen zu einer integrativen, leitenden Idee, die notwendigerweise einigermaßen abstrakt diskutiert wird. Die Befunde, auf denen meine Beobachtungen basieren, sind nicht neu. Es geht insofern mehr um einen neuen Blickwinkel auf zum großen Teil längst bekannte Phänomene.

I. ÄHNLICHKEIT ALS GESELLSCHAFTSENTWURF

Jörg Baberowski und Anselm Doering-Manteuffel haben unlängst argumentiert, dass die Gewaltpolitik des Bolschewismus und des Nationalsozialismus, sowohl der eigenen als auch fremden Bevölkerungen gegenüber, sich aus Reinheitsphantasien speiste, die aus der Überzeugung von der Überlegenheit homogener Gesellschaften über die Vielfalt resultierten. Bolschewiki wie Nationalsozialisten glaubten, die Verschiedenheit der Lebensäußerungen könne für immer beseitigt werden, und dafür waren sie zu extremer Gewalt bereit.¹³ Diesem Urteil kann man zustimmen. Damit ist ein wichtiger Beweggrund für die

12 Vgl. *Marie-Louise Pratt*, *Travel Writing and Transculturation*, London 1992.

13 Vgl. *Jörg Baberowski/Anselm Doering-Manteuffel* (Hrsg.), *Ordnung durch Terror. Gewaltexzess und Vernichtung im nationalsozialistischen und stalinistischen Imperium*, Bonn 2006, S. 16.

zerstörerische Potenz der beiden Ideologien erfasst. Allerdings traf dieser Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft nicht allein für die totalitären Diktaturen zu, und demgemäß kann man auch nicht einen solch engen Konnex zwischen Homogenitätsvisionen und Gewaltpotenzial setzen. Vielmehr handelt es sich um ein Grundmotiv aller europäischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts, das jedoch jeweils unterschiedlich umgesetzt wurde. Für ganz Europa galt, dass ein zentrales Kennzeichen für das Funktionieren einer Gesellschaft in der inneren Homogenität und der Eindeutigkeit der Zugehörigkeiten gesehen wurde.¹⁴ Nicht nur Bolschewiki und Nationalsozialisten, sondern auch westeuropäische Liberale und Sozialdemokraten verstanden eine Gesellschaft dann als eine »gute Gesellschaft«, wenn die Menschen ähnlich lebten und ähnlich dachten. Nicht nur der Nationalsozialismus und der Kommunismus, sondern auch die sozialstaatlichen Demokratien westlichen Musters zielten nach innen auf eine Angleichung von Lebenslagen und Einstellungen, von eindeutiger staatlicher Zugehörigkeit und vergleichbaren Lebensläufen. Ethnisch sollte die Verschiedenheit begrenzt werden, rechtliche und politische Gleichheit sollten Staatsbürger schaffen, und regionale Disparitäten waren ebenso möglichst auszugleichen wie allzu große soziale Ungleichheit. Über die meiste Zeit des 20. Jahrhunderts verstand sich keine europäische Gesellschaft als multikulturell. Alle haben auf eine Standardisierung von Lebensläufen, Wohnformen, sozialen Zuwendungen und Gehältern gezielt. Die Politiken, die daraus erwachsen, waren freilich höchst unterschiedlich, und namentlich die extremen Diktaturen bevorzugten andere Strategien als die demokratischen Gesellschaften des westeuropäischen Typs. Letztere bedienten sich eher der Zuwendungen, und sie neigten zur Verrechtlichung von Ansprüchen und Teilhabeformen. Die Diktaturen gingen den Weg der Gewalt auf dem Weg der Vereinheitlichung der Gesellschaft, und sie setzten eher auf ihre Bürokratien und auf das Militär.

Jedoch ist das Kennzeichen komplexer Gesellschaften eben nicht Homogenität, sondern gerade das Gegenteil, nämlich Differenzierung, und solche Gesellschaften entwickeln aus sich heraus ständig neue Differenzierungen. Soziologisch gesehen wäre Homogenität, wenn überhaupt, immer nur als Augenblicksaufnahme denkbar. Homogene Gesellschaften wären, wollten sie dies bleiben, gleichzeitig statische Gesellschaften. So ließen sich die Ähnlichkeitsgesellschaften auch nicht auf Dauer politisch still stellen, sondern entwickelten aus ihrer autochthonen Dynamik heraus neue Formen der Pluralität, die etwa mit dem Beginn des letzten Jahrhundertdrittels überall sichtbar wurden. Die ethnische Diversität nahm deutlich zu, vor allem aufgrund der Arbeitsmigrationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu stabilen Wanderungsformationen geführt hatten. Dass soziale Gleichheit sich nicht auf Dauer würde erreichen lassen, wurde im Gefolge der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre immer deutlicher. Am meisten aber wirkten sich Wandlungen im Lebensstil aus. Individualisierung und Wertewandel führten zu einer Diversifizierung der Lebensformen; komplexere Bildungsverläufe und das Ende der lebenslangen Arbeitsverhältnisse führten zu individuelleren, gestückelteren Biografien. Und damit kam das Bewusstsein einer Gesellschaft der einander Ähnlichen immer mehr an Grenzen. Das Krisenbewusstsein des letzten Jahrhundertdrittels kann man auch als ein Bewusstsein der Krise der homogenen Gesellschaft verstehen.

Dieser Entwurf von Gesellschaft als einer möglichst homogenen Entität ist so europäisch wie er historisch ist. Er ist an ein Ende gekommen; er hat aber auch einen Anfang. Erst die mit der Industrialisierung, der Urbanisierung und der politischen Nationsbildung ent-

14 Mehr noch: Bis heute ist der Begriff der Homogenität ein Leitbegriff des Verfassungsrechts und als solcher von Bedeutung bei der Diskussion um das Zusammenwachsen Europas. Hierzu ebenso wegweisend wie kritisch: *Felix Hanschmann*, *Der Begriff der Homogenität in der Verfassungslehre und Europarechtswissenschaft*. Zur These von der Notwendigkeit homogener Kollektive unter besonderer Berücksichtigung der Homogenitätskriterien »Geschichte« und »Sprache«, Heidelberg 2008.

stehenden neuen sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen machten es möglich, dass man sich Gesellschaft als homogen vorstellen konnte. Seit dem späten 19. Jahrhundert wurden Gesellschaften zunehmend als Konglomerate großer Kollektive verstanden. Nicht die Familie war mehr die Keimzelle der Gesellschaft – das war eine konservative Vorstellung, die mehr Ideologie denn theoriefähige Idee war. Und noch weniger bestanden Gesellschaften aus vielen Individuen – das war eine liberale Idee, die sich als vorläufig nicht politikfähig erwies. Vielmehr galt im sozialphilosophischen Denken wie in den pragmatischen Politikentwürfen seit dem späten 19. Jahrhundert die Gesellschaft als ein Konglomerat aus Klassen oder Berufsständen, aus Konfessionen oder ethnischen Großgruppen.¹⁵ Max Weber ist ein Kronzeuge für dieses Denken in großen Gruppen, die ähnliche Lebensweisen oder Mentalitäten aufwiesen. Im 20. Jahrhundert kamen neue Gruppenzugehörigkeiten hinzu, denen man gesellschaftsstrukturierende Kraft zusprach, wie die Generation, die Rasse oder das Geschlecht. Leitend ist all diesen Kategorisierungen die Vorstellung, dass diese Kollektive das Leben der Menschen strukturieren und dass demgemäß diese Menschen ähnlich leben und ähnlich denken. In unterschiedlichen Gesellschaftsvorstellungen dienten solche großen Kollektive als Referenzgruppen – im Kommunismus die Arbeiterklasse, im Nationalsozialismus die »arische Rasse«, im Wirtschaftswunder-Deutschland die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« des »kleinen Mannes«. Sie strukturierten Gesellschaftsformen, Werte, Lebensweisen. Die Hintergrundfolie dieses Gesellschaftsbegriffs war Kollektivität, nicht Individualität.

Eine ungeheure Dynamik entstand, als die Nationalstaaten politische Strukturen auszubilden begannen, die in der Lage waren, in das Leben der Vielen substanziell einzugreifen. Die Entstehung, wenn auch noch nicht Durchsetzung der Schulpflicht, die allgemeine Wehrpflicht, die Entstehung von Formen der sozialen Sicherung, die große Gruppen umfasste: Dies waren in ganz Europa Prozesse, die seit dem späten 19. Jahrhundert nicht nur immer stärker standardisierte Lebensformen entstehen ließen, sondern die auch Politiken hervortrieben, welche diese Standardisierung als politische Ziele sahen. Der Erste Weltkrieg war ein mächtiger Anschlag für die Plausibilität solcher Gesellschaftsverständnisse und Lebensformen, und er beförderte die Vorstellung, dass es vor allem der Staat sei, der für die Herstellung dieser Verhältnisse zuständig sei.

Inwieweit ist dies aber etwas spezifisch Europäisches? Sehen wir auf den ähnlichsten Vergleichsfall: In den Gesellschaften Nordamerikas sind Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft wohl auch sichtbar; politisch aber haben sie sich niemals in dem Maß durchgesetzt. Ein Grund liegt im viel individualistischeren Selbstverständnis der amerikanischen Gesellschaften. Hier galt immer in viel höherem Maß als in Europa die Vorstellung, dass der Einzelne das Subjekt der Gesellschaft sei. Zum anderen aber war die Verschiedenheit der Gruppen, die im 19. Jahrhundert zu Millionen nach Amerika strömten, so groß, dass Homogenität nur um den Preis des Terrors zu haben gewesen wäre. Das soll nicht heißen, dass dort die Visionen einer Gesellschaft der Gleichen und Ähnlichen keinerlei Überzeugungskraft gehabt hätten. Die Idee von Amerika als einem *melting pot* war eine solche Vision, die aus dem Konglomerat der sehr Verschiedenen eine Gemeinschaft der Ähnlichen machen wollte. Es ist aber nicht zu übersehen, dass diese Idee sehr weitgehend auf der Ebene der Ideologie und der kollektiven Moral verblieben ist, dass politische Strategien, welche die Amerikaner einander angleichen wollten, weit hinter dem zurückblieben, was in Europa mit großer Energie versucht wurde.¹⁶ Darüber hinaus, auch dies ein Unterschied, waren die Nationalstaaten in Europa nur die einen Agen-

15 Vgl., auf Deutschland bezogen: Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.

16 Als *locus classicus* der Kritik an der Idee des *melting pot*: Nathan Glazer/Daniel Patrick Moynihan, Beyond the Melting Pot. The Negroes, Puerto Ricans, Jews, Italians, and Irish of New York City, Boston 1963.

ten der Homogenität. Die übernationalen Integrationsinstanzen, die EU oder das, was wir »Ostblock« nennen, sind in ihren Kapazitäten, Ähnlichkeit zu erzeugen, auch nicht zu vergessen. In Nordamerika, wo der Zentralstaat sich zwar seit dem 19. Jahrhundert deutlich profiliert hat, aber doch immer in Konkurrenz zu den Einzelstaaten geblieben ist, gibt es sie nicht.

So weit die These. Um sie etwas plausibler zu machen, werden im Folgenden einige Felder dieser Homogenisierung untersucht; dabei sollen west- und osteuropäische Perspektiven in den Blick geraten, soweit dies einem Historiker möglich ist, der sich hauptsächlich mit Westeuropa beschäftigt.¹⁷ Wie wurde eine homogene Gesellschaft imaginiert, und mit welchen politischen Instrumenten wurde dieses Ziel verfolgt? Schließlich soll auch der Wandel zum Leitbild der Pluralität kurz angerissen werden, mit all den Folgeproblemen, die daraus für die Polizierung der Gesellschaften erwachsen. Im Wesentlichen sollen nationale Gesellschaften im Fokus stehen, was nicht ganz selbstverständlich ist. Ich glaube aber, dass wir bei aller Wichtigkeit der transnationalen Perspektiven derzeit die Prägekraft der Nation ein wenig aus dem Blick verlieren. Die folgenden Überlegungen sind auch insofern ein erster Untersuchungsschritt, als sie den Blick von oben nach unten richten, also in einem makroanalytischen Zugriff danach fragen, wie ganze Gesellschaften, überpersönliche Kollektive, solche Fragen stellten. Wie die einzelnen Menschen damit umgingen, wäre ein weiterer, daraus unmittelbar erwachsender Analyseschritt.

II. FELDER DER HOMOGENISIERUNG VON GESELLSCHAFTEN

Das erste Stichwort zur Homogenisierung der europäischen Gesellschaften, wohl auch temporal, muss *Arbeit* heißen.¹⁸ Die moderne industrielle Arbeitsgesellschaft hat die Menschen zu immer ähnlicher werdenden Lebensformen bewegt – oder auch gezwungen. Dieser Prozess lief schon länger ab. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Arbeit – man muss sagen: regelmäßige, unselbstständige Arbeit – zum Normalfall in allen europäischen Gesellschaften. Erst im 20. Jahrhundert aber begann sie, fast alle Mitglieder der Gesellschaft zu erfassen. Der Sozialtypus des Industriearbeiters bestimmte das 19. Jahrhundert, im 20. Jahrhundert kam der des Angestellten hinzu. Doch um 1900 waren viele Menschen noch nicht dieser Arbeitsdisziplin unterworfen. Erst danach kamen in Europa die beiden ältesten Klassen der Geschichte, der Adel und die Bauern, an ein Ende: zwei Klassen, für die Selbstständigkeit eine Prägemarkte gewesen war. Das Ende des Adels markierte das Ende einer nicht von eigener Arbeit abhängigen Existenz, und das Ende der Bauern das einer selbstständigen, nichtindustriellen Subsistenz. Die kleinen Selbstständigen, denen Karl Marx ihr baldiges Ende vorausgesagt hat, verschwanden nicht, nahmen aber an Zahl stark ab. Diese Prozesse waren langwierig: Auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren große Teile Europas noch Agrargesellschaften.

Eine weitere, sehr große Gruppe wurde im 20. Jahrhundert in immer höherem Maß für die regelmäßige, unselbstständige Arbeit rekrutiert: die Frauen.¹⁹ Dieser Prozess war in den ehemaligen sozialistischen Gesellschaften weitaus tiefgehender als in den demokratischen. Für den größten Teil des 20. Jahrhunderts gilt mithin, dass die Arbeit, genauer:

17 Für Ostmitteleuropa aus berufenerem Mund vgl. die Überlegungen von *Christoph Boyer* in diesem Band.

18 Hierzu systematisch: *Jürgen Kocka*, Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook* 2005, H. 2, S. 186–206; empirische Bemerkungen: *Kaelble*, Sozialgeschichte Europas, S. 57–86; *Therborn*, Die Gesellschaften Europas, S. 67–98.

19 Vgl. *Gunilla-Friederike Budde* (Hrsg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997; *Therborn*, Die Gesellschaften Europas, S. 74–80.

die regelmäßige, auf Erwerb, also Geldverdienst gerichtete Arbeit, zur Lebensform der allermeisten Erwachsenen wurde, und der Ausschluss von ihr auch einen Ausschluss aus der Gesellschaft bedeutete. Damit gingen gemeinsame Zeitordnungen einher, ähnliche Rhythmen des Wechsels von Arbeit und Nichtarbeit, das Entstehen der Freizeit als neuer Zeitordnung für viele, und ebenso der Urlaub – die homogenen Strandmassen in Italien und Spanien sind auch ein Effekt der Durchsetzung der regelmäßigen, unselbstständigen Arbeit. Bauern fahren nicht in den Urlaub.

Mit den nachgeholten industriellen Revolutionen im sowjetischen Machtbereich und an der Nord- und Süderperipherie Europas wurden um die Jahrhundertmitte auch diese Randgesellschaften in das Normalmuster integriert.²⁰ Anders als in West- und Mitteleuropa, wo sich seit dem späten 18. Jahrhundert die Industriegesellschaften weitgehend selbsttätig entwickelt hatten, geschah dies durch explizit politische Initiativen. In ganz Europa lässt sich aber im 20. Jahrhundert das Bemühen beobachten, die gesellschaftliche Arbeit politisch zu universalisieren, und hierfür völlig neue Instrumente zu entwickeln. Sowohl in ihren fürsorglichen Strategien – Arbeitsvermittlung oder Sicherung bei Arbeitslosigkeit, auch das sozialistische Recht auf Arbeit könnte man hier nennen – als auch in ihren terroristischen Instrumenten – Stichwort: Zwangsarbeit – hat die Politik in allen politischen Systemen die Steuerung der Gesellschaft durch Steuerung der Arbeit beansprucht. Mehr noch als in den Demokratien ist dabei die Arbeit in den sozialistischen Demokratien als das Eintrittsbillet in die Gesellschaft verstanden worden, am Ende sogar unter Absehung von Produktivitätsfragen, so dass sich hier, in einer Formulierung von Dorothee Wierling, die Arbeitsgesellschaften zu Arbeitsplatzgesellschaften entwickelten.²¹ Aber auch in den westlichen Demokratien ist unübersehbar, dass die Arbeit zu einem politischen Projekt geworden ist. Die Involvierung des Staates in die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist ein Ausdruck dessen. Selbst wo relative Abstinenz von diesen Beziehungen reklamiert wird, wie etwa in Großbritannien, ist die Frage ähnlicher Löhne – Tariflöhne – oder die Legitimität der Arbeitsverweigerung – im Streik und in der Aussperrung – auch immer eine politische Frage. Hier wie anderswo erwuchs aus der ursprünglichen Präventivstrategie der sozialen Sicherung die aktive Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, sei es in der Arbeitsvermittlung, sei es in der Berufsbildung.²²

Eine Folge der Universalisierung der Arbeit war die gesellschaftliche Standardisierung der Bezahlung und ihre Abbildbarkeit als Folge von Ausbildung und Leistung.²³ Selbst in den sozialistischen Gesellschaften mit politisch beschränkter Kaufkraft hat die bessere Bezahlung von Facharbeitern gegenüber Professoren einen Aussagewert über das, was dieser Gesellschaft wichtig war. Die damit gegebene weitgehende Monetarisierung der gesellschaftlichen Austauschprozesse machte wiederum eine einheitliche Besteuerung möglich. Diese Prozesse haben unübersehbare Folgen für die Homogenität von Gesellschaft gehabt. Jeder kann seinen Platz in der Gesellschaft mit dem einfachen Kriterium des Lohnzettels ermitteln, der auf der Basis von Lohn und Gehalt eine sehr einfache und

20 Vgl. die entsprechenden regionalen und nationalen Studien in: *Carlo M. Cipolla* (Hrsg.), *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 5: Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart/New York 1980.

21 Vgl. *Dorothee Wierling*, Geboren im Jahre Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002, S. 355. In den sechziger Jahren wurde in der Sowjetunion von Bildungsexperten vorgeschlagen, »Arbeit« als Unterrichtsfach einzuführen: *Manfred Hildermeier*, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991*, München 1998, S. 932 f.

22 Vgl. *Johannes Paulmann*, *Staat und Arbeitsmarkt in Großbritannien. Krise, Weltkrieg, Wiederaufbau*, Göttingen 1993.

23 Vgl. die Ähnlichkeiten zu westlichen Arbeitsmärkten betonend, aber auch mit Hinweis auf den lohnsteigernden Effekt von Systemloyalität: *Paul R. Gregory/Janet E. Kohlhaas*, *The Earnings of Soviet Workers. Evidence from the Soviet Interview Project*, in: *The Review of Economics and Statistics* 70, 1988, S. 23–35.

eindeutige soziale Ordnung generiert; zumeist weiß man auch von seinen Mitmenschen in etwa, wo diese stehen. Das gilt, zugegeben, nur begrenzt für die sozialistischen Gesellschaften. Besonders präzise funktioniert der Mechanismus natürlich im Kernbereich der BAT-Gesellschaft: dem Öffentlichen Dienst und der Bürokratie, die in ganz Europa im 20. Jahrhundert einen enormen Ausbau erfahren haben. Auch in den USA, um diesen Vergleichsfall wieder in den Blick zu nehmen, ist die unselbstständige Arbeit zu einem zentralen Feld gesellschaftlicher Homogenisierung geworden, allerdings lange nicht so sehr industriedominiert wie in Europa. Niemals hat die Industriearbeit in den USA den Umfang erlangt wie in den allermeisten Ländern Europas.²⁴ Auch der Öffentliche Dienst ist an Bedeutung dort weit geringer geblieben.

Für einen anderen Bereich springen die Unterschiede zu den USA noch viel deutlicher ins Auge; es handelt sich um die *sozialstaatliche Daseinsvorsorge*. Die Vorstellung, dass gegen Unfall, Krankheit und Alter kollektive Sicherungen eingebaut werden müssten, zeichnet Europa im 20. Jahrhundert insgesamt aus.²⁵ Diese Sicherungen waren und sind höchst unterschiedlich organisiert, als Versicherungsprinzip auf Gegenseitigkeit in Deutschland oder Frankreich, als staatliche Zuweisungsform in den kommunistischen Gesellschaften, aber auch in Großbritannien. In allen europäischen Gesellschaften aber gilt für das 20. Jahrhundert die Annahme, dass die Sicherung gegen Lebensrisiken dieser Art nicht allein privater Vorsorge anvertraut werden dürfe und dass diese Sicherung so konstruiert sein müsse, dass sie mehr als nur das Existenzminimum garantieren solle. Selbst da, wo man sich in liberaler Tradition am Minimum orientierte, wie etwa im Großbritannien der ersten Jahrhunderthälfte, gab es eine starke Dynamik des Ausbaus.²⁶ Auch da, wo traditionell eine starke Orientierung an Familienbeziehungen als sozialer Sicherung bestand, wie in Italien oder Spanien, führte die nachgeholte Industrialisierung umgehend zu sozialen Sicherungssystemen, die sich dem westeuropäischen Muster einfügten.²⁷ In den kommunistischen Ländern wiederum war die Sozialpolitik eng an die Arbeit gebunden, was zur Folge hatte, dass diejenigen, die am Arbeitsprozess nicht oder nur am Rande teilhatten, weniger davon profitierten, so dass gerade im östlichen Sozialismus die Rentner und in gewisser Weise auch die Familien benachteiligt wurden, dagegen der (implizit: männliche) Arbeiter im Mittelpunkt stand.²⁸

Der europäische Sozialstaat ist als ein spezifisch westeuropäischer Sozialstaat nur dann zu verstehen, wenn man die Formen der Finanzierung – genossenschaftlich, privat/staatlich gemischt – in den Blick nimmt. Wenn man das Telos betrachtet, nämlich die Entkopplung von Risiken und individuellen Bewältigungsmöglichkeiten, kann man von einem *gesamteuropäischen Modell* sprechen, das kollektive Risikoübernahme anstrebt. Das unterscheidet das europäische Modell vom amerikanischen, das individuell ausgerichtet ist.²⁹

24 Vgl. *Therborn*, Die Gesellschaften Europas, S. 83 ff.

25 Der Sozialstaat ist früh als (west)europäische Gemeinsamkeit behandelt worden. Vgl. *Gerhard A. Ritter*, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1991; *Peter A. Baldwin*, The Politics of Social Solidarity. Class Bases of the European Welfare State 1875–1975, Cambridge, MA 1990.

26 Vgl. *Jim Tomlinson*, Paying for Welfare in the Twentieth Century, in: *Robert M. Page/Richard L. Silburn* (Hrsg.), British Social Welfare in the Twentieth Century, Basingstoke 1999, S. 33–51.

27 Vgl. *Beatrix Körner*, Vom residualen zum institutionellen Wohlfahrtsstaat Italien. Sozialsystem im Wandel – zwischen dem Glanz der Gesetze und den Schatten der Realität, Baden-Baden 1993; *Stephan Lessenich*, Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Spanien. Eine exemplarische Analyse postautoritären Wandels, Opladen 1995.

28 Vgl. etwa: *Beatrix Bouvier*, Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

29 Für die idealtypische Unterscheidung kapitalistischer Wohlfahrtsstaaten vgl.: *Gøsta Esping-Andersen*, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge, MA 1997.

Egal unter welchem System aber: Eine integrierte soziale Sicherung, die mit solchen Gruppenbegriffen operierte und staatlich organisiert oder beaufsichtigt war, führte zu Standardisierungsprozessen, die ihrerseits die Lebensformen der Menschen anglichen, die von ihnen betroffen waren. Denn die Verwaltung der sozialen Sicherung musste Kriterien der Intervention entwickeln, musste Bedürftigkeits- und Zumutbarkeitsgrenzen, musste den Umfang von Ansprüchen festlegen. Es war zu ermitteln, wie viel Platz eine Familie mit zwei Kindern benötigte, um Wohnraum oder Wohngeld zuteilen zu können. Warenkörbe mussten definiert werden, um so festzustellen, wie viel Geld oder Güter ein Erwachsener benötigte; Kranken- und Rentenversicherungen benötigten Maßzahlen, die den durchschnittlichen Aufwand an Gesundheitsleistungen pro Patient oder Rentner errechnen ließen.

Hinter der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge stand ein ebenfalls sehr europäisches Motiv, nämlich das Unbehagen an einer zu weit ausscherehenden sozialen Ungleichheit. Im 19. Jahrhundert war soziale Ungleichheit kein grundsätzliches Problem gewesen. Auch die Arbeiterbewegung hatte lange Zeit nicht deren Aufhebung, sondern Respekt und, damit zusammenhängend, die ihrer Arbeit zustehende Bewertung gefordert. Mit der Ausbreitung der marxistischen Lehre wurde soziale Ungleichheit zum Skandalon, und das gilt für den größten Teil des 20. Jahrhunderts. Selbst wenn man sie nicht wie die bolschewistische Bewegung für gänzlich abschaffbar hielt, musste doch jede politische Bewegung im Interesse der Kohäsion der Gesellschaft die Eindämmung der sozialen Ungleichheit auf ihre Fahnen schreiben. Arme brauchten Hilfe und Förderung, während Reiche an ihre Solidaritätspflicht erinnert wurden und, etwa mittels einer Einkommenssteuer, abgeschöpft wurden. Eine Philanthropie wie in den USA spielt in Europa kaum eine Rolle. Im osteuropäischen Kommunismus war das Programm gänzlich auf Nivellierung von Einkommensunterschieden gerichtet, wenn auch die soziale Ungleichheit dort nichts weniger als dispensiert wurde.³⁰

Ebenso hat man in ganz Europa im 20. Jahrhundert erfolgreich, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, versucht, die *Bildungsgänge* zu standardisieren und mit Patenten auszustatten.³¹ Das galt wahrscheinlich noch stärker für die kommunistischen Gesellschaften als für die demokratischen, weil im Kommunismus der Staat die Allokation von Qualifikationen übernahm und nach politischen Kriterien verteilte. Aber auch in den westlichen Gesellschaften waren Schule, Hochschule und Berufsausbildung nach festen Verläufen organisiert und mit normierten Abschlüssen und Zertifikaten ausgestattet. Im Verlauf dieser Bildungsgänge wurden Lernstoffe standardisiert und entweder nach politischen Anforderungen gestaltet, wie das Hauptfach Marxismus-Leninismus im Ostblock, oder aber nach dem geordnet, was man als gesellschaftliches Lernbedürfnis identifizierte.³² Die jeweiligen Nationalgesellschaften setzten unterschiedliche Schwerpunkte dessen, was wichtig und demzufolge zu lernen war, aber innerhalb der Nationen lernten Kinder und Jugendliche ähnliche Dinge. Das gilt sogar im deutschen Bildungsföderalismus.

30 Vgl. *David Stuart Lane*, *The End of Social Inequality? Class, Status, and Power under State Socialism*, London/Sydney 1982; *Heike Solga*, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1994.

31 Hierzu gibt es noch wenig Referenzliteratur. Es fällt auf, wie viel mehr als in der Sozialpolitikdiskussion die Bildungsgeschichte national partialisiert ist. Vgl. vorläufig: *Manfred Heinemann* (Hrsg.), *Zwischen Restauration und Innovation. Bildungsreformen in Ost und West nach 1945*, Köln 1999; *Winfried Böttcher/Elmar Lechner/Walter Schöler* (Hrsg.), *Innovationen in der Bildungsgeschichte europäischer Länder*, Frankfurt am Main 1992; *Colette Chabott*, *Constructing Education for Development. International Organizations and Education for All*, New York 2003; *Marianne Bloch/Kerstin Holmlund/Ingeborg Moqvist* u. a. (Hrsg.), *Governing Children, Families and Education. Restructuring the Welfare State*, New York 2003.

32 Vgl. *Oskar Anweiler/Friedrich Kuebart* (Hrsg.), *Bildungssysteme in Osteuropa. Reform oder Krise?*, Berlin 1984.

Landesweit gültige Zertifikate wie das Abitur oder die Maîtrise führten zu Vergleichbarkeit, die ihrerseits wieder Ansprüche auf bestimmte Berufspositionen und damit verbundene Gehaltshöhen legitimierte. In den USA, um wieder nach dem spezifisch Europäischen zu fragen, ist die Standardisierung des Bildungsgangs vor allem bei der Berufsbildung viel weniger ausgeprägt. Da dort die Schule Sache der Einzelstaaten und der Schulbezirke war und ist, sind nicht nur die Lerninhalte viel weniger standardisiert, sondern auch – etwa – das Ausmaß und die Ausgestaltung der Schulpflicht.³³ An den nordamerikanischen Universitäten hat sich unter weitgehender Abstinenz des Staates dennoch so etwas wie eine Normierung von Inhalten und Zertifikaten herausgebildet, vor allem aufgrund des Umstands, dass die Colleges und Universitäten untereinander konkurrieren und deshalb ein eigenes Interesse daran haben, die Leistungen vergleichbar zu halten.

Diese Formen der Standardisierung von Arbeit, Bedürftigkeit und Bildung haben in Europa dazu geführt, dass – national unterschiedlich – die Normalbiografien einander angeglichen wurden. Mit sechs Jahren zur Schule, mit etwa 20 Jahren plus erwachsen und am Ende der Schulausbildung, Ausbildung oder Studium mit einem Bildungszertifikat etwa 40 Jahre der Berufstätigkeit, mit 65 in die Rente: Eine solche Biografie teilten die meisten Deutschen in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts. In Großbritannien, der Sowjetunion oder Schweden war das nicht viel anders. Damit wurde Gesellschaft übersichtlich, weil der größte Teil ihrer Mitglieder in große, mit wenigen Indikatoren als ähnlich zu identifizierende soziale Gruppen eingeordnet werden konnte. Man konnte sein Gegenüber schnell kategorisieren; soziale Distinktion, Hackordnungen wie auch Zugehörigkeiten stellten sich gewissermaßen »von selbst« her.

Die Homogenisierung der europäischen Gesellschaft war indes keineswegs nur ein inklusiver Prozess. Geradezu logisch gehört zur Integration einer Gesellschaft auch der Ausschluss, und so ist das 20. Jahrhundert mit seinen Homogenitätsidealen auch von massiven Exklusionsprozessen geprägt. Auch das betraf keineswegs nur die diktatorischen Gesellschaften. Einer der wichtigsten Prozesse, in denen sich Inklusion und Exklusion untrennbar verschränkten, ist in den letzten Jahren intensiv beforscht worden. Es handelt sich um die Homogenisierung der *Ethnizität* und, damit verbunden, auch der Staatsbürgerlichkeit.³⁴ Das gilt auch und gerade für die kommunistischen Gesellschaften. Die Bolschewiki hielten, wie auch westliche Liberale oder Sozialdemokraten, den Nationalstaat für die Organisationsform der modernen Industriegesellschaft, und deshalb deuteten sie die Clans, Stämme oder Sprachgruppen, die sie in ihrem Vielvölkerreich vorfanden, in Nationen um. In den zwanziger Jahren wurden auf dem Weg der sozialwissenschaftlichen Klassifizierung alle Menschen im sowjetischen Machtbereich zu ethnischen Nationen geordnet.³⁵ So wurde aus dem Vielvölkerreich ein Nationenstaat, und weil nach der bolschewistischen Idee die Nationen in der sozialistischen Gemeinschaft immer weiter zusammenwuchsen, entstand das Konstrukt des »Sowjetvolkes«, ein Begriff, der vor allem einen mentalen Eigenschaftskomplex bezeichnete. Man kann das Sowjet-

33 Hierzu, die Standardisierung betonend, aber ohne vergleichenden Blick auf Europa, der diese These relativiert hätte: *Marc A. VanOverbeke, The Standardization of American Schooling. Linking Secondary and Higher Education 1870–1910*, New York 2008; vgl. dagegen zur sehr amerikanischen Tradition des Homeschooling: *Milton Gaither, Homeschool. An American History*, New York 2007.

34 Vgl. *Mark Mazower, Der dunkle Kontinent; Therborn, Die Gesellschaften Europas*, S. 55 ff.; zum Staatsbürgerrecht: *Rogers Brubaker, Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge, MA 1992; *Dieter Gosewinkel, Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2001.

35 Vgl. *Francine Hirsch, Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2003.

volk als ein ähnlich ideologisches Phantasma betrachten wie die Erfindung Jugoslawiens; aber der Begriff zeigt, dass auch Gesellschaften, die die Nation überwinden wollten, nach Mustern der Zusammengehörigkeit suchten, die quasi natürlich wirkten und über die ökonomisch bedingten Zusammengehörigkeiten, die etwa die Klassentheorie bereitstellte, hinauswiesen. In allen europäischen Gesellschaften wurde die Distinktion zwischen denen, die dazugehörten, und denen, die draußen waren, im 20. Jahrhundert weitaus schärfer betont als davor. Die Migration, die im 19. Jahrhundert noch weitgehend frei vor sich gegangen war, wurde nach dem Ersten Weltkrieg immer schärfer kontrolliert, und dabei spielten ethnische und rassische Gesichtspunkte eine immer stärkere Rolle.³⁶ Mithilfe von Ein- und Ausgangskontrollen sowie dem immer präziser ausformulierten Passwesen wurden sie umgesetzt. Eine implizit ethnisch oder gar rassistisch verstandene Staatsbürgerlichkeit lieferte ein sauberes Kriterium der Zugehörigkeit, ein Pass wurde zum Eintrittsbillet in eine Gesellschaft. Vor allem die Flüchtlinge, die im Umfeld des Ersten Weltkriegs zum ersten Mal zu einem internationalen Problem geworden waren, bekamen diese Ausschlüsse zu spüren.³⁷ Die Staatenlosen, die keiner wollte, waren die klassischen Ausgeschlossenen dieser ethnisch-staatsbürgerlichen Schließung, ebenso wie die Juden, denen vor allem in Mitteleuropa die Zugehörigkeit mit immer gewaltsameren Mitteln verwehrt wurde.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war eine Hochphase der ethnischen Homogenisierung der europäischen Gesellschaften; vom Passwesen über Vertreibungen bis hin zum Völkermord reichte die Palette der Instrumente, um Eindeutigkeit herzustellen. Westeuropäische Gesellschaften verfolgten diese Ziele nicht so brachial wie mittel- und südosteuropäische Gesellschaften. Aber dort war auch die ethnische Diversität sehr viel ausgeprägter – in England gab es einfach nicht so viele ›Andere‹ auszuschließen wie in Polen oder Rumänien – oder Deutschland. Der schwedische Sozialhistoriker Göran Therborn hat darauf hingewiesen, dass der Höhepunkt der ethnischen Homogenisierung der europäischen Gesellschaften um 1945 lag.³⁸ Seither hat die Pluralisierung zugenommen, vor allem durch die massiven Prozesse von Arbeitsmigration, aber auch durch die Wanderungsfolgen der Dekolonisierung. Das betraf nun wieder mehr die westeuropäischen Gesellschaften, und deshalb wurden die, die anders sprachen oder aussahen, hier auch mehr als Problem empfunden. Jahrzehnte waren die Italiener, Franzosen und Deutschen der Ansicht, dass sie nicht in einem Einwanderungsland lebten, und dass die Gastarbeiter, die man geholt hatte, eben Gäste seien, die auch wieder zu gehen hätten.³⁹ Dabei wurde in der Bundesrepublik erst in der Mitte der sechziger Jahre wieder der Anteil an ausländischen Erwerbstätigen erreicht, den die Reichsstatistik schon vor dem Ersten Weltkrieg gezählt hatte. Auch im angeblich so offenen Großbritannien wurde bis in die achtziger Jahre unter Einwanderungspolitik vor allem Einwanderungsbeschränkung verstanden, und sogar den Commonwealth-Bewohnern, die eigentlich vollwertige Bürger im Mutterland

36 Vgl. als Überblick: *Bade*, Europa in Bewegung; zum Asylrecht: *Gérard Noiriel*, La tyrannie du national. Le droit d'asile en Europe (1793–1993), Paris 1991 (sic!). Neuerdings, die Ähnlichkeiten zwischen zwei meist als unterschiedlich verstandenen Migrationsregimes betonend: *Christiane Reinecke*, Grenzen der Freizügigkeit. Die Politik der Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland 1880–1930, Dissertation, Berlin 2008.

37 Vgl. *Michael Marrus*, The Unwanted. European Refugees in the 20th Century, New York 1985.

38 Vgl. *Therborn*, Die Gesellschaften Europas, S. 55 ff.

39 Vgl. etwa die Diskussion um die Türken in der Bundesrepublik: *Karin Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, insb. S. 277–338 und 371–407. Vergleichend zu Westeuropa: *Hans Mahnig*, Integrationspolitik in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden. Eine vergleichende Analyse, Neuchâtel 1996; *Imke Sturm-Martin*, Zuwanderungspolitik in Großbritannien und Frankreich. Ein historischer Vergleich 1945–1962, Frankfurt am Main 2001.

des Empire hätten sein sollen, versuchte man mit ethnisch-rassischen Kriterien einen Riegel vorzuschieben.⁴⁰ Das westeuropäische Land mit den höchsten Ausländeranteilen, die Schweiz, war demgemäß besonders bemüht, dass die Einwanderer von Schweizern nicht zu unterscheiden waren, besonders in sprachlicher Hinsicht. Hier pflegte – und pflegt – man das Ideal der Assimilation.⁴¹

Der Ostblock war, aller Rhetorik der sozialistischen Staatengemeinschaft zum Trotz, weiterhin von nationaler Abschottung geprägt, und hier blieb die ethnische Homogenität auch mehr erhalten. Die Austauschprozesse, die dennoch stattfanden, wurden nur mit oberflächlicher Rhetorik zugedeckt, führten aber auch hier eher zur Abstoßung. Die Vietnamesen und Kubaner, die als Arbeitskräfte oder zur Ausbildung in der DDR waren, können ein Lied davon singen, ebenso die Bewohner der sowjetischen Provinz, die in die industriellen Zentren am Donezk oder nach Moskau kamen. Das Ideal der Homogenität einer Gesellschaft hatte sich im Osten tief in die kollektiven Mentalitäten eingefressen.⁴²

Mit den Stichworten Arbeit, soziale Sicherung, Bildung und Sozialisation sowie Ethnisierung sind nur einige der Prozesse beschrieben, die dazu führten, dass nationale Gesellschaften sich als homogen wahrnehmen konnten. Sie waren in Ost wie in West, in Diktaturen wie in Demokratien wirksam, als Vision wie auch als Erfahrung, in unterschiedlicher Reichweite freilich. Ich habe mich hier auf die ›großen‹ Prozesse konzentriert, die auch in hohem Maß einer politischen Steuerung unterlagen, weil ich glaube, dass sich das 20. Jahrhundert auch durch einen hohen und über lange Zeit durchgesetzten Anspruch auf politische Steuerung auszeichnet. Andere Prozesse liegen tiefer, haben aber dennoch ihren Teil dazu beigetragen, dass die Vision einer homogenen Gesellschaft so lebendig blieb. Man könnte zum Beispiel über Vorstellungen von Städtebau und die damit gegebene Angleichung der Wohnformen sprechen, die in ganz Europa zu ähnlichen Wohnblockvierteln geführt hat⁴³, oder über die Ausdifferenzierung der Generationen und die Entstehung von Jugendkulturen.⁴⁴ Die Anfänge der Konsumgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg haben wahrscheinlich zunächst mehr zur Homogenisierung als zur Diversifizierung der europäischen Gesellschaften beigetragen.⁴⁵

Europäische Gesellschaften des 20. Jahrhunderts lebten also, so kann man das Argument kurz rekapitulieren, lange in der Zielvision von möglicher Homogenität. Es unterschied sich also nicht so sehr das Telos der Gesellschaft. Was sich freilich unterschied, waren die politischen Instrumente, mit denen dieses zuwege gebracht werden sollte. In den Demokratien waren rechtliche Instrumente und finanzielle Transfers zentral. Steuerpolitik, Ordnungspolitik, Regeln waren wichtiger als Polizei und Militär. Die Diktaturen setzten, besonders in ihren radikalen Phasen, dagegen weit mehr auf Gewalt, um eine

40 Vgl. *Zig Layton-Henry*, *The Politics of Immigration. Immigration, Race and Race Relations in Post-War Britain*, Oxford 1992.

41 Vgl. *Simon Erlanger/Patrick Kury/Barbara Lüthi*, *Grenzen setzen. Vom Umgang mit Fremden in der Schweiz und den USA (1890–1950)*, Köln 2005.

42 Vgl. etwa: *Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner*, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990*, Rostock 1994; *Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus* u. a. (Hrsg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003.

43 Vgl. etwa *Alena Janatková* (Hrsg.), *Wohnen in der Großstadt, 1900–1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, Stuttgart 2006.

44 Vgl. für Deutschland, mit Blick auch auf Westeuropa und die USA: *Detlef Siegfried*, *Time is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006; *Uta G. Poiger*, *Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000; *Mark Fenimore*, *Sex, Thugs and Rock 'n' Roll. Teenage Rebels in Cold War East Germany*, New York 2007.

45 Vgl. *Martin J. Daunton* (Hrsg.), *The Politics of Consumption. Material Culture and Citizenship in Europe and America*, Oxford 2001.

Eindeutigkeit der Zugehörigkeit zu erzeugen, die sich die Gegner erst schuf, die dann zu vernichten waren. Diese Differenzierung der Mittel ist wichtig und bestimmt unser Bild von unterschiedlichen Systemen; sie ist freilich nicht gänzlich trennscharf. In Diktatur wie in Demokratie spielten Bürokratien eine große Rolle, und in beiden wurden Ideologien, die sich an die kollektiven Mentalitäten der Bürger wandten, von diesen bereitwillig aufgenommen. Zentrale Wunschbegriffe wie »Volksgemeinschaft«, »sozialistische Menschengemeinschaft« oder »middle class society« bündelten Visionen, die bei den Bürgern ankamen. Denn es war nicht allein, wie Baberowski und Doering-Manteuffel argumentieren, die Pathologie der totalitären Erlösungsdiktatur, die nach Eindeutigkeit und Homogenität strebte, es waren auch die Menschen selbst, die solch klare Zugehörigkeiten wünschten.

III. PLURALISIERUNGSPROZESSE

Diese Verhältnisse veränderten sich nach dem Zweiten Weltkrieg, langsam, deutlich zur Kenntnis genommen erst etwa mit dem Beginn des letzten Jahrhundertdrittels. Sie hatten viel mit der – staatlich geförderten – Entwicklung einer breiten Konsumgesellschaft zu tun. Denn der Wohlstand legitimierte die politischen Ordnungen und war insbesondere ein weithin wirksames Werbemittel für die westliche Demokratie. Mit dem Wohlstand, wenn auch nicht allein durch ihn verursacht, hielt aber ein anderes Gesellschaftsbild Einzug. Heute halten wir eine andere Gesellschaft für den Normalfall und für erstrebenswert. Die Homogenität der Gesellschaften löste sich zunehmend auf und machte einer neuen Diversität Platz. Die standardisierten Lebensläufe trafen für immer weniger Menschen zu, ebenso wie die Universalität der Normalarbeitsverhältnisse. Seit den siebziger Jahren wurde deutlich, dass die Vollbeschäftigung wahrscheinlich der Vergangenheit angehören würde, und ebenso kristallisierte sich heraus, dass man mit einem einzigen erlernten Beruf womöglich nicht mehr durchs Leben kommen würde. Lebensläufe wurden vielfältiger, auch mit mehr Risiken behaftet. Mit diesen Pluralisierungsprozessen lösten sich die großen sozialen Formationen immer mehr auf. Insbesondere verloren die herkömmlichen sozialen Klassen an Kohäsion. Der Wertewandel veränderte die Orientierungen der Menschen, Prozesse der Individualisierung lösten die kollektiven Zugehörigkeiten langsam auf, seien es Organisationen oder die herkömmliche Familie. Singles, Patchwork-Familien und Wohngemeinschaften wurden immer mehr zu möglichen Lebensformen. Bei der dritten Generation der Arbeitsmigranten wurde deutlich, dass viele wahrscheinlich hier bleiben würden, und so war auch die Konzeption der ethnisch homogenen nationalen Gesellschaft auf Dauer nicht zu halten – ein Konzept, das zum Selbstverständnis Europas gehörte, gerade im Unterschied zu den USA. Auch die Konsumgesellschaft zeigte zwar einerseits einen weiteren Trend zur Standardisierung, aber die gestiegene Vielfältigkeit des Warenangebots machte andererseits die Wahl der Güter immer mehr zu einer Entscheidung von Individuen oder *peer groups*. Diese Pluralisierung machte eine sozialstaatliche Administration der Gesellschaft, die auf große, ähnliche Kollektive gerichtet war, immer weniger möglich. Das ›Soziale‹ durchlief – und durchläuft – einen grundlegenden Bedeutungswandel.⁴⁶

Der Wandel der Vorstellungswelt ging mit den strukturellen Veränderungen Hand in Hand. Aus heutiger Sicht ist er frappierend: Wir stellen uns heute die Gesellschaft nicht mehr als ein Konglomerat von Kollektiven vor; Begriffe wie »Volk« haben für uns fast ausgedient; die Großstadt, um 1930 der Inbegriff der Vermassung, ist für uns heute viel eher ein Ort der Individualität; nur wenige kennen noch einen Arbeiter, und der Begriff

⁴⁶ Hierzu anregend: *Stephan Lessenich*, Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld 2008.

»Arbeit« hat seine Bedeutung enorm erweitert.⁴⁷ Die Vorstellung, dass alle ähnlich leben und ähnliche Sichten auf die Welt haben, gruselt uns heute eher als dass sie uns die Sicherheit verleihen würde, unter unseresgleichen zu leben.

Aber freilich: Diese Prozesse trafen bis zum Ende des Ostblocks weit mehr die west- als die osteuropäischen Gesellschaften, wo die gerontokratischen kommunistischen Regimes das Ideal der Homogenität nicht verabschieden konnten, weil an ihm die Selbstbeschreibung dieser politischen Gesellschaften hing. Der Kommunismus dachte sich sein Volk höchst homogen; der Soziologe M. Rainer Lepsius hat für die DDR die Entdifferenzierung von Institutionen, sozialen Gruppen und Wertsphären geradezu als ein Kennzeichen der osteuropäischen Diktaturen analysiert.⁴⁸ Der Wandel der Industriegesellschaft führte auf der ganzen Welt zu einem zahlenmäßigen Rückgang der Industriearbeiterschaft. Wie hätte aber ein DDR-Regime dies akzeptieren können, wo doch der Arbeiterklasse vorbestimmt war, dereinst die gesamte Gesellschaft zu umfassen? Nicht nur mit statistischen Tricks, etwa mit der Subsumtion aller Funktionäre unter die Kategorie der Arbeiter, hielt man an der Vision einer Gesellschaft der Arbeiterklasse fest. Auch die praktische Besetzung von Arbeitsplätzen folgte dieser Logik, so dass es im Interesse einer Arbeitergesellschaft am Ende in der DDR viel mehr Arbeiter gab, als das System verkraften konnte. Das Ideal der Homogenität wurde vor allem in Hinsicht auf die Ethnizität aufrechterhalten. Die meisten Gesellschaften des Ostblocks hatten mit der Imagination gelebt, dass die jeweiligen Staaten auch ethnisch kohärent seien. Die Konstruktion der Tschechoslowaken oder der Jugoslawen brach nach dem Ende des Ostblocks abrupt auf. In ähnlicher Weise wurde in Rumänien oder Russland offenbar, dass Konflikte mit Minderheiten nur künstlich still gestellt worden waren. Ethnische Konflikte nach 1991 waren »nachholende Konflikte«. Nicht immer führten sie zu solch katastrophischen Ergebnissen wie im ehemaligen Jugoslawien. Aber auch die friedlich verlaufene Trennung der Slowakei und Tschechiens 1992 beruhte auf der Annahme einer Grundverschiedenheit zwischen den beiden, die vorher ein Volk gewesen sein sollten.

Und doch waren auch im Ostblock Zeichen der Diversifizierung zu sehen. Die Mangelgesellschaft erzeugte Nischen von Anbietern von Material oder Dienstleistungen, die mit der Zeit gewissermaßen eine parallele Versorgungsstruktur etablierten und damit neue Möglichkeiten der Lebensführung schufen. Der sozialistische Urlaub, der als Fortsetzung der Betriebsgemeinschaft gedacht war, wurde von den Menschen in individualistischem Sinn interpretiert, als Urlaub vom Staat.⁴⁹ Die relativ wenigen Kontakte nach dem Westen ermöglichten einen, wenn auch kleinen Zustrom westlicher Güter, und deren Besitzer waren damit zu ganz anderen Zeichen sozialer Distinktion fähig als diejenigen, die keine Westware besaßen.⁵⁰ Politische Dissidenz war seit dem »Prager Frühling« niemals ganz von der Tagesordnung verschwunden. Kleine Gruppen von Dissidenten, die aus der Arbeitsgesellschaft ausgestoßen wurden, entwickelten aus der Not heraus alternative Lebensformen, die hohe Attraktivität jedenfalls für einen Teil der großstädtischen Jugend hatten. Die grenzüberschreitende Mediengesellschaft hielt auch den Menschen im Ostblock das westliche Wohlleben unablässig vor Augen und erzeugte, gerade weil sie nicht

47 Vgl. etwa: *Holm Friebe/Sascha Lobo*, *Wir nennen es Arbeit. Die digitale Bohème oder: intelligentes Leben jenseits der Festanstellung*, München 2006. Man könnte auch auf die semantischen Dehnungen wie »Beziehungsarbeit« oder »Arbeit am Selbst« verweisen.

48 Vgl. *M. Rainer Lepsius*, *Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR*, in: *Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr* (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 17–30.

49 Vgl. *Christopher Görlich*, *Urlaub vom Staat*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 2006, Nr. 36/37, S. 64–68.

50 Vgl. als Feldstudie aus der Transformationszeit: *Malgorzata Irek*, *Der Schmugglerzug*. Warschau – Berlin – Warschau. Materialien einer Feldforschung, Berlin 1998.

so leicht erfüllbar waren, Bedürfnisse. Insofern hat die Wohlstandsgesellschaft auch in denjenigen Gesellschaften ihre Wirkungen gezeitigt, wo sie lange noch nicht angekommen war.⁵¹

Für eine Gesellschaftstheorie sind, wie es scheint, die Konsequenzen aus all diesen Entwicklungen noch nicht gezogen. Die Soziologen haben den Wandel zur Pluralität, der keineswegs nur in Europa vor sich ging, mit Rekurs auf die Milieutheorie, auf Lebensstilgemeinschaften und auf Individualisierungsprozesse zu erklären gesucht.⁵² Das scheint aber eher eine Beschreibung als eine Erklärung für die erstaunliche Differenz zwischen theoretischen Postulaten und empirischen Befunden zu sein. Denn es stellt ja doch ein Problem dar, dass die theoretische Soziologie das Differenzierungstheorem zu ihrem zentralen Angelpunkt erklärt, wenn es gilt, moderne Gesellschaften zu erklären. Die Befunde der Sozialgeschichte, aber auch der empirischen Soziologie zumindest der Hochmoderne deuten dagegen eher auf die Homogenität als Angelpunkt – vielleicht nicht so sehr, was die überindividuellen sozialen Platzierungsprozesse angeht (davon ist hier nicht die Rede), aber doch, was die Gesellschaftsentwürfe und die daraus folgenden Politiken betrifft.⁵³ Gewissermaßen: Es mag sein, dass soziale Evolutionsprozesse sich nach dem Muster der Differenzierung abspielten, aber die Wahrnehmung der Menschen und ihre Wünsche richteten sich weit mehr auf das Gegenteil, die Integration. Kann es sein, dass der soziologische Blick gewissermaßen aus Prinzip die innere Vielgestaltigkeit einer Gesellschaft überschätzt? Oder ist die Differenzierung, die sich mit dem letzten Jahrhundertdrittel immer deutlicher zeigt, eine Art nachholender Entwicklung? Oder ist die Sehnsucht nach Ähnlichkeit, die hier beschrieben wurde, nur als eine Art archaisierende Nostalgie, mithin als Ausdruck einer der vielen Ungleichzeitigkeiten des 20. Jahrhunderts zu verstehen?

Auch eine Gesellschaftsgeschichte wird bis auf Weiteres den Wandel noch nicht ohne Probleme erklären können, gerade mit Blick auf die Ungleichzeitigkeiten. Denn der Wertewandel erfasste ja keineswegs alle Menschen gleichzeitig, sondern es gab lange Übergangszeiten, in denen der Konflikt über diese Werte, die Frage nach den politischen Steuerungskonsequenzen und den ethischen Grundlagen einer Gesellschaft hoch umstritten waren. Wertewandel hieß, dass der postmaterialistisch-hedonistische Enkel mit seinem nationalistischen, fremdenfeindlichen Großvater darüber stritt, ob man türkische Freunde haben dürfe. Individualisierung bedeutete, dass die einen als Singles zu leben für ein Bürgerrecht hielten, während die anderen, Familienväter, deren steuerliche Bevorzugung beklagten. Milieus bedeuteten, dass Inseln großstädtischer Yuppies nur wenige Meter von Einwandererslums entfernt lebten oder dass Russlanddeutsche, ethnisch »Deutsche« also, in niedersächsische Dörfer mit einer langen nationalistischen Tradition verschickt wurden und dort nicht als Deutsche, sondern als »Russen« ausgeschlossen wurden. Lebensstile konnten zu Konflikten führen, etwa wenn etablierte Linke sich in ihrem angestammten Kreuzberger Kiez eine Eigentumswohnung kauften, aber dort von jungen Autonomen unter dem Stichwort der Gentrifizierung als Bedrohung ihres gallischen Dorfes empfunden wurden. Kurz: So wie die Homogenisierung von Gesellschaften Standardisierung und auch Zwang bedeutete, führte die Pluralisierung zunächst zu Konflikten, für die keine Bearbeitungsinstrumente zur Verfügung standen. Denn auch für die demokratischen Politiken war es nicht leicht, auf diese Diversität zu reagieren. Die Steuerungs-

51 Vgl. etwa: *Rebecca Menzel*, *Jeans in der DDR. Vom tieferen Sinn einer Freizeithose*. Berlin 2004.

52 Mit vermittelnder Position zwischen alten und neuen Positionen: *Helmut Bremer/Andrea Lange-Vester* (Hrsg.), *Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen*, Wiesbaden 2006.

53 Hierzu klassisch: *Emil Lederer*, *The State of the Masses. The Threat of the Classless Society*, New York 1940.

instrumente, die auf die Polizierung homogener Gesellschaften geeicht waren, waren für die sich ausdifferenzierenden Lebenslagen nicht mehr geeignet. Das Versagen, das man der Politik seit den siebziger Jahren in den meisten europäischen Gesellschaften – in West wie in Ost – attestiert hat, hatte wohl nicht allein mit einer autochthonen Unfähigkeit des politischen Systems zu tun, sondern auch, und vielleicht noch mehr, mit dem raschen Wandel der Gesellschaft und einer daraus resultierenden Überforderung der Politik.

Insgesamt wird man dennoch sagen können, dass die westeuropäischen politischen Gesellschaften den Wandel besser abfederten, mit mehr Akzeptanz der Verschiedenheit und meist durch eine Zurücknahme des politischen Steuerungsanspruchs. Neuere politische Theorien betonen demgemäß den Netzwerkcharakter politischer Agenzien und die Aufgabe der politischen Institutionen, zwischen verschiedenen Ansprüchen eher zu vermitteln als sie zu polizieren.⁵⁴ Das war in den sozialistischen Gesellschaften anders. Dort konnten die politischen Eliten das Spiel der Diversität nur sehr bedingt mitspielen. Gorbatschows Perestroika ist als ein Versuch zu sehen, mit einer Politik der Pluralität auf den Wandel zu reagieren, ein Versuch freilich, der die politischen Eliten überforderte.⁵⁵ Sie sind, so könnte man sagen, am Festhalten an ihrem Homogenitätsideal und an einer Überforderung der politischen Steuerungskapazitäten zugrunde gegangen. Es war der Wille zur individuellen Lebensführung in Gestalt der Reisefreiheit, der am Ende der DDR ein symbolisches Totenglöcklein geläutet hat.

Aus einer anderen Perspektive relativiert sich jedoch – und dies führt eigentlich über das 20. Jahrhundert hinaus – die These von der Diversifizierung der Gesellschaften. Auf übernationaler Ebene, der EU etwa, sind deutliche Zeichen der Ähnlichmachung zu erkennen.⁵⁶ Die europäische Integration hat zu einer Zeit, da Homogenitätskonzepte nur noch wenig Überzeugungskraft entfalteteten, einen ganz enormen Angleichungssog auf die an ihr beteiligten nationalen Gesellschaften auszuüben begonnen. Erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sind hier Normierungen und Standardisierungen in einem für alle unmittelbar spürbaren Ausmaß wirksam geworden, sei es bei Qualitätsnormen für Waren oder bei Rechtsnormen für den Gütertausch und Arbeitsverhältnisse. Die Integration der Währung, die 2002 in die Einführung des Euro mündete, hat zu einem für alle Bürger erfahrbaren gemeinsamen Wirtschaftsraum mit einer umgehenden Angleichung von Preisen und Löhnen sowie einem enorm intensivierten Austausch von Gütern geführt. In Berlin gibt es überall Latte Macchiato, und auf den Kanarischen Inseln trinkt man Weizenbier, und es ist sogar ein wenig billiger als in München. Die Unterschiede der Sozialausgaben zwischen den westeuropäischen Ländern haben sich enorm minimiert.⁵⁷ Der Bologna-Prozess wird voraussichtlich in einigen Jahren ganz ähnliche Effekte auf den Ausbildungsstandard der jungen Europäer haben. Gesellschaften, die in sich pluraler geworden sind, werden *untereinander* mithin ähnlicher. Damit berührt man nun aber nicht mehr allein ein europäisches Problem, sondern einen Effekt der Globalisierung, die ja auch keineswegs nur bedeutet, dass alles einander ähnlicher wird, sondern auch, dass auf anderen Ebenen die Pluralisierung und damit auch die Konflikte zunehmen.

Das Ende der Eindeutigkeit bei den nationalen Gesellschaften einerseits, zunehmende Ähnlichkeiten in globaler Hinsicht andererseits: Der Befund, der über das 20. Jahrhundert hinausweist, ist ambivalent. Womöglich wird für das 21. Jahrhundert eine Europäische

54 Vgl. *Manuel Castells* (Hrsg.), *The Network Society. A Cross-Cultural Perspective*, Cheltenham 2004.

55 Vgl. *Charles S. Maier*, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt am Main 1999.

56 Vgl. *Wolfram Kaiser/Peter Starie* (Hrsg.), *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*, London 2005.

57 Vgl. *Kaelble*, *Sozialgeschichte Europas*, S. 352.

Gesellschaftsgeschichte nicht mehr nach dem hier diskutierten Muster zu schreiben sein. Die Globalisierung ebenso wie der Funktionswandel des Staates und die gewandelten Lebensweisen der Menschen schwächen offensichtlich die langfristigen, homogenisierenden Auswirkungen von Nationsbildung und Demokratisierung, die aus dem 19. Jahrhundert heraus trotz aller unterschiedlichen Verarbeitung die Ähnlichkeit der europäischen Gesellschaften vorangetrieben haben. Die Homogenitäten, die jetzt neu entstehen, sind nicht mehr notwendig politisch induziert, nicht mehr einer politischen Vision verpflichtet, sondern haben mehr mit der Warenkultur zu tun. Auch die Arbeit der EU konzentriert sich ja in weiten Teilen auf die Steuerung der Warenkultur. Womöglich wird man aus der Rückschau einmal das 20. Jahrhundert als die letzte große Epoche des starken Staates verstehen, der an der von ihm selbst inaugurierten, weil ihn stärkenden Entwicklung der Warenkultur gescheitert ist, weil damit auch die Lebensweisen der Menschen sich seinem homogenisierenden und kontrollierenden Zugriff immer mehr entzogen.